

Herr Lübken (Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Sankt Augustin) führte aus, dass er seine Funktion als beratendes Mitglied nur ausüben könne, wenn ihm alle für die Beratung erforderlichen Unterlagen vorliegen würden. Diese habe er nicht erhalten. Er bat um zukünftige Einbeziehung der beratenden Mitglieder in den Kommunikationsweg. Herr Knülle bat um eine Prüfung, ob für die beratenden Mitglieder ein Zugang zu Session eingerichtet werden könne.

*Protokollnotiz: Der Zugang zum Ratsinformationssystem wurde zwischenzeitlich für die beratenden Mitglieder eingerichtet.*

Zunächst wurde der vom 08.12.2022-06.01.2023 freigeschaltete Bürgerhaushalt von Herrn Rupp vorgestellt. Anschließend befasste sich der Finanzausschuss mit den Eingaben der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Bürgerhaushaltes.

Herr Rupp ergänzte, dass die Beratung des Bürgerhaushaltes in den Gesamtbeschluss einfließe und dass dieser am 09.02.2023 behandelt und beschlossen werden könne.

Danach wurde das Änderungspapier der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf durch Herrn Rupp (FB 2) vorgestellt. Dazu wurden keine Rückfragen gestellt.

*Protokollnotiz:*

*Das Änderungspapier wird in den Beschlussvorschlag, der am Ende der Haushaltsberatungen ansteht, mit aufgenommen, so dass der Rat über alle bis dahin im Haushaltsplanentwurf berücksichtigten Änderungen abstimmen kann.*

Anschließend rief der Vorsitzende das seitens der Verwaltung zusammengestellte Papier aus Fragen der Fraktionen und Antworten der Verwaltung fragenweise auf. Dabei wurden mündliche Rückfragen der Fraktionen zu den Antworten durch die Verwaltung beantwortet.

*Protokollnotiz:*

*Die ergänzenden Antworten der Verwaltung zu den in der Sitzung mündlich gestellten Rückfragen wurden den Fraktionen per E-Mail am 31.01.2023 zur Verfügung gestellt:*

*Darüber hinaus wurden insbesondere folgende Aspekte behandelt:*

Herr Heistermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bat zu Seite 20 (Frage der SPD-Bündnis90 / Die Grünen – FDP, Aufwendungen 2023) um generelle Berücksichtigung von Maßnahmen der Verwaltung um die Personalkosten zu senken. Als Beispiel nannte er Effizienzsteigerungen durch digitale Prozesse.

Herr Metz regte zu Teil I, Seite 218, 01-12-01, 09-00031 Baumaßnahme Rathaus Photovoltaikanlage (Frage der Fraktionen SPD-Bündnis 90/Die Grünen-FDP) an, die Mittel im Zusammenhang mit einem Sanierungsfahrplan zu etatisieren aus dem hervorgeht, welche energetischen Maßnahmen in den einzelnen Haushaltsjahren umgesetzt werden sollen.

Herr Knülle bat zu Teil I, Seite 226, 01-12-03, Serviceleistungen Gebäudemanagement

Telefon (Frage der Fraktionen SPD-Bündnis 90/Die Grünen-FDP) um eine Prüfung ob die Telefonverträge über einen Rahmenvertrag für die Gesamtverwaltung anstelle über Verträge in den einzelnen Fachbereichen abgeschlossen werden könnten. Die Ergebnisse sollen wenn möglich in die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2024 einfließen.

Herr Metz fragte zu Teil I Seite 333, 03-02-01, 05-00143 Ausbau OGS Meindorf (Frage der Fraktionen SPD-Bündnis 90/Die Grünen-FDP) ob es realistisch sei, dass der Planungsauftrag in 2023 vergeben werden könne. Er fragte, ob Interimslösungen zur Unterbringung diskutiert wurden. Frau Dedenbach antwortete, dass bis zur baulichen Fertigstellung der Hochbaumaßnahme eine Interimslösung geschaffen werden soll. Parallel dazu würden die Planungen begonnen, dafür seien Mittel im Haushaltsjahr 2023 eingestellt. Herr Metz bat darum, die Planungen zur Baumaßnahme und zur Interimslösung in einem dafür zuständigen Gremium vorzustellen.

Herr Metz und Herr Bonerath (CDU-Fraktion) regten zu Teil II, Seite 172, 12-01-01, 07-00314 Siegburger Straße Ost (Frage der Fraktionen SPD-Bündnis 90/Die Grünen-FDP) an, die Anwohnenden frühzeitig in die Planungen des Straßenumbaus einzubeziehen. Erwartungen und Ideen der Anwohnenden könnten so frühzeitig in die Planungen einfließen. Diese Anregung gelte grundsätzlich auch für alle anderen Straßenbaumaßnahmen.

Herr Metz fragte zu Teil II, Seite 176, 12-01-01, 07-00480 Baum. Stellplätze Rhein-Sieg-Gymnasium (Frage der Fraktionen SPD-Bündnis 90/Die Grünen-FDP), warum die Mittel nicht unter Produkt 03-05-01 „Gymnasium“ etatisiert wurden. Er bat um eine Prüfung, ob der Stellplatzbedarf über die Parkflächen des Huma-Einkaufszentrums oder eine Stellplatzabläse erfüllt werden könne. Herr Kallenbach wies darauf hin, dass der Stellplatzbedarf aus dem Erweiterungsbau des Rhein-Sieg-Gymnasiums und dem beabsichtigen Verkauf der MI1-3 Flächen resultiere. Die Stellplätze müssten für die Lehrenden vorgehalten werden. Momentan würden die MI1-3 Flächen als Stellplatz genutzt. Diese würden jedoch mit Beginn der Baumaßnahmen entfallen. Herr Gless antwortete, dass die Stellflächen dem öffentlichen Verkehrsraum zugeordnet werden müssen. Er führte weiter aus, dass entsprechende Gespräche mit Huma geführt würden, man stünde jedoch noch am Anfang dieser Gespräche. Aus diesem Grund könne er dem Finanzausschuss noch kein Ergebnis präsentieren.